

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kann das Commonwealth für die EWG fruchtbar sein?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1962) : Kann das Commonwealth für die EWG fruchtbar sein?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 5, pp. 192-199

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133210>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kann das Commonwealth für die EWG fruchtbar sein?

EWG nicht dramatisieren!

Vor fast dreißig Jahren sagte der bedeutende australische Nationalökonom Giblin in einem Gespräch in Melbourne: „Natürlich betrügen wir (Australier) uns selbst, wenn wir so tun, als könne das in alle Ewigkeit so weitergehen. Wir besorgen uns Anleihen aus England, wehren uns gegen britische Einfuhren, sperren uns gegen Einwanderung, halten unser Beschäftigungs- und Lohnniveau hoch und exportieren mit Subventionen und Prämien soviel wir können nach England. Wir versuchen, uns auch anderen Staaten gegenüber so zu verhalten. Das kann nicht lange gut gehen.“

Es war damals nur ein Jahr seit der Konferenz in Ottawa verstrichen, auf der versucht worden war, Großbritannien und die vier älteren Dominien zusammen mit den abhängigen Gebieten auf die Bahn zu einem Zollverein zu bringen, indem zunächst einmal Präferenzen verabredet wurden. Der Sinn des Abkommens war natürlich auch wirtschaftlich, denn die mit Großbritannien zusammenarbeitenden Staaten englischer Sprache waren damals wie alle anderen Staaten darauf bedacht, die Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Er war aber auch politisch, denn das Imperium im Übergang zum Commonwealth sollte wenigstens als geistige und wirtschaftliche Einheit weiterleben, wenn es schon politisch zu einer sich langsam lockernenden Föderation umgewandelt worden war.

Das Vordringen des Dollar

Politische und wirtschaftliche Kräfte erwiesen sich als Hemmnisse gegenüber den Absichten von Ottawa. Die Präferenzen wurden zu einem starren System. Der amerikanische Handelsvertrag Großbritanniens von 1938 machte viele Absichten der imperialen Zusammenarbeit zunichte. Der Dollar war stärker als das Pfund, und das amerikanische Bündnis war auf

allen Ebenen notwendig. Das wußte man in Ottawa vielleicht noch besser als in London, aber auch in London hatte man es verstanden, selbst wenn Canberra oder Wellington dieser Tatsache nicht gern ins Auge sahen. Der zweite Weltkrieg vollendete diese Entwicklung, an deren Ende nicht ein sich selbst genügendes Wirtschaftsimperium stand, sondern ein Torso vielfältiger Kooperationen.

Vor allem aber wandelte dann das Commonwealth sehr schnell seinen Charakter, nachdem Indien, Pakistan und Ceylon zu Partnerstaaten geworden waren, denen später Ghana und Nigerien, Tanganjika und Zypern, Sierra Leone und Jamaika und all die anderen folgen sollten, während Irland, Burma und die Südafrikanische Union ausschieden. Die frei gewordenen Länder, die man zunächst noch für kurze Zeit als die „neuen Dominien“ bezeichnete, hatten in jedem Fall ein wirtschaftliches Selbständigkeitsstreben mit ihrem politischen Unabhängigkeitskampf verbunden. In jedem dieser Staaten wissen die konservativen Führer, daß es ihrer nationalen Wirtschaft sicher nicht schaden würde, wenn die eingespielten Beziehungen zur britischen Wirtschaft möglichst lange Zeit fortgesetzt werden könnten.

Abbau der wirtschaftlichen Stellung des Imperiums

Aber die konservativen Führer wissen auch, daß aus den Reihen der Nationalbewegung ein ständiger Druck zur Nationalisierung der Wirtschaft ausgeübt wird, der sich auf Kapital und auf Personal zugleich erstreckt. Sie spüren außerdem die wachsende Übermacht Amerikas in dem nicht von Kommunisten beherrschten Teil der Weltwirtschaft. In Ghana oder Pakistan dringt der amerikanische Wirtschaftseinfluß auf Kosten des britischen vor, in Indien oder Ceylon wehrt sich eine sozial und wirt-

schaftlich hellwache Nationalbewegung gegen die Fortdauer alter Bindungen.

Nachdem Großbritannien sich einmal entschlossen hatte, nicht mehr um frühere Positionen zu kämpfen, sondern sie nur aufrechtzuerhalten, wenn das von den neuen Partnern wirklich gewünscht wurde, setzte mit dem Abbau der politischen und militärischen Hegemonie auch eine Demontage der wirtschaftlichen Imperialstellungen ein. Sie ist noch nicht an ihrem Ende angelangt, aber sie ist im Gange. Die neuen Staaten suchen Direktkontakte mit Drittländern, in erster Linie mit den USA, aber auch mit Kanada, Japan und den westeuropäischen Industriestaaten. Das 1932 geschaffene System von Ottawa hat die Ausweitung des Commonwealth nicht vertragen, es ist langsam abgestorben.

Hinwendung zu Europa

In diesem Augenblick wendet sich Großbritannien der EWG zu, wobei auch für die Britischen Inseln politische und militärische Gesichtspunkte ebenso wichtig sind, wie sie bei der Gründung der Montanunion Pate standen. Großbritannien ist auf die amerikanische Allianz und in ihr auf Zusammenarbeit mit dem Westen des europäischen Kontinents angewiesen. Hier bot sich ein neues Ziel, nachdem das Bild des Commonwealth allmählich immer mehr verblaßte.

Die Zusammenarbeit innerhalb Westeuropas ist in vieler Hinsicht einfacher, und die britische Wirtschaft besinnt sich auf die Intensität ihres alten Europageschäfts. Damit entsteht für das Commonwealth eine neue Lage. Neuseeland besonders fürchtet die Konkurrenz der westeuropäischen Agrarexporte, besonders aus den Niederlanden, und noch drohender taucht dahinter die Sorge vor der freien Öffnung des britischen Marktes für Dänemark auf. Die tropischen Commonwealthländer haben Besorg-

nisse wegen eines möglichen Vorsprungs der assoziierten Staaten Afrikas. Man versucht also, sich den britischen Markt möglichst lange zu erhalten und die britische Anschlußpolitik zu bremsen.

Andere Staaten haben sich zu einer anderen Politik entschlossen. Natürlich werden einige Umstrukturierungen in ihrer Wirtschaft nötig werden, aber was tut das schon, wo ohnehin das Tempo und Ausmaß der planvollen „Entwicklung“ alle früheren Maßstäbe außer Kraft setzt? Man sagt daher eher, daß man sich eben unmittelbar mit dem westeuropäischen Wirtschaftsblock arrangieren müsse. Das wird sehr deutlich von Zypern gesagt, wo auf einmal die Frage eines möglichen Anschlusses an Griechenland neue Aspekte gewinnt. Das ist auch Gesprächsthema in Ghana oder in Pakistan. Und wenn es auch gar nicht um einen formellen Anschluß an die EWG geht, so dreht es sich doch eben gerade bei den stark von amerikanischen Wirtschaftsinteressen beeinflussten Ländern um den Wunsch, mit dem europäischen Kontinent in einem Augenblick ins Geschäft zu kommen, in dem eine Vermittlung durch London nicht mehr nötig ist. „Das Commonwealth“ als Wirtschaftseinheit gibt es nicht mehr. „Das Commonwealth“ will also auch nicht in die EWG. Aber einzelne Staaten, die formal an der unverbindlichen Zugehörigkeit zu diesem historischen Gebilde festgehalten haben, revidieren ihre Handels- und gesamte Wirtschaftspolitik zum europäischen Festland.

Was bietet die EWG?

In diesem Augenblick ist es besonders wichtig, welche Wirtschaftsabsprachen die Bundesrepu-

blik, Frankreich, Italien oder Belgien im Rahmen der sogenannten Entwicklungshilfe treffen. Sie sind besonders deshalb willkommen, weil sie weder Amerikaner noch Engländer sind, also in vielfältigen Partnerschaften die Hegemonien abschwächen können. Durch diese Bindungen wird manches Commonwealthland näher an ein oder das andere Land des europäischen Kontinents heranrücken.

Kanada als starkes Industrieland und als amerikanischer Staat sieht die Lage ganz anders an. Australien steht vor der Notwendigkeit, seine Autarkie- und forcierte Exportpolitik bis in ihr konsequentes Ende zu durchdenken. Eigentlich schwierig ist die Lage für das einsame und kleine Neuseeland. Es wird bei einer Ausweitung der EWG auf Dänemark und Irland und andere Konkurrenten stoßen, die vielleicht eine Umwertung aller Maßstäbe erzwingen werden.

Umgekehrt wird die EWG Kanada nur ähnlich gegenüberstehen wie den USA. Sie wird in bezug auf Neuseeland einmal einen schwerwiegenden Entschluß fassen müssen. Sie kann die australischen Entscheidungen so gelassen abwarten wie die Japans. Den tropischen Ländern des Commonwealth gegenüber aber werden die Entschlüsse nicht viel anders aussehen als gegenüber dem früher von Frankreich beherrschten Afrika. Die Riesenstaaten in Asien, vor allem in Indien und Pakistan, eignen sich gut als gleichgewichtige Wirtschaftspartner der EWG, und in ähnlicher Lage kann auch einmal der afrikanische Großstaat Nigerien sein.

Das Commonwealth war ein elastisches Arrangement auf Zeit. Man soll sein Verhältnis zur EWG nicht dramatisieren, sondern in ihm eine Fülle vielfältiger und zeitlich begrenzter Probleme sehen. (-ff-)

Die Bedeutung des Präferenzsystems für die EWG

Wenn die EWG sich das Commonwealth angliederte, würde sie am meisten von dem Fortfall der imperialen Präferenzen, die britische Waren auf den Commonwealth-Märkten genießen, Nutzen ziehen. Die britische Regierung hat sich zu dieser Konzession im Prinzip bereit erklärt, um den Commonwealth-Partnern freie Hand zu geben, in ihren Gesprächen mit der EWG den Verzicht auf die Sonderbehandlung Englands als ein quid pro quo in die Waagschale zu werfen.

Neuordnung der Handelspolitik

Es trifft zu, daß das Präferenzsystem im Vergleich zu seiner ursprünglichen Ottawa-Form bereits durchlöchert und verwässert ist;

denn der Prozeß einer Neuorientierung der dominialen Handelspolitik nach anderen Richtungen geht schon seit geraumer Zeit vor sich. Hierfür sind verschiedene Faktoren verantwortlich.

Einmal waren die Dominien infolge einer Übersättigung des traditionellen Marktes mehr und mehr zur Anknüpfung neuer internationaler Beziehungen gezwungen. Ferner hat die Hebung ihres Lebensstandards zur Erschließung nicht-britischer Bezugsquellen veranlaßt. Drittens haben die überseeischen Commonwealthländer im Zuge der eigenen Industrialisierung importerschwerende Maßnahmen zum Schutze ihrer eigenen jungen Industriezweige getroffen, wie die

Dujardin ... IMMER  UND ÜBERALL

Reduzierung oder völlige Streichung von Vorzugstarifen für den Warenbezug aus dem Mutterland, die Aufhebung der Zollfreiheit für britische Waren oder die Kontingentierung der Importe aus England. So hat sich, um einen typischen Fall anzuführen, Neuseeland das Recht ausbedungen, für 100 britische Waren die Präferenzen von durchschnittlich 18% auf 5 bis 10% herabzusetzen.

Trotzdem wäre es falsch, die Bedeutung der noch vorhandenen britischen Tarifbegünstigung im überseeischen Commonwealth zu unterschätzen; denn der Kreis der britischen Waren, die vor der ausländischen Konkurrenz einen Tarifvorsprung haben, ist nach wie vor sehr groß. Man darf auch nicht übersehen, daß die Präferenzen Englands auf den Commonwealth-Märkten nach den Schätzungen des Board of Trade im Durchschnitt noch 10—12% ausmachen, womit der britischen Ware oft ein entscheidender Preisvorteil gesichert wird.

Umfang der begünstigten Waren

Der Jahresumfang der hiervon begünstigten britischen Erzeugnisse kann auf rund 7 Mrd. DM veranschlagt werden, was immerhin 14% der westdeutschen Ausfuhr im Jahre 1961 gleichkäme. Da es sich bei den britischen Waren in vielen Fällen um Produkte handelt, die mit den EWG-Gütern konkurrieren, ist es nicht schwer einzusehen, daß das Commonwealth der EWG durch eine Abkehr vom Präferenzsystem handgreifliche Vorteile zu bieten vermag.

Es wäre auch zu berücksichtigen, daß die seit Ottawa (1932) eingetretene Geldwertverschlechterung auf die imperialen Präferenzzölle verschiedenartig gewirkt hat, je nachdem ob es sich um Wertzölle oder spezifische Zölle handelt. Wertzölle sind, da sie in Prozentsätzen der Tagespreise ausgedrückt werden, mit der Inflation mitgegangen, während spezifische Zölle, die in festen Beträgen pro Warenmenge ausgedrückt werden, infolge der Geldentwertung stark an praktischer Bedeutung eingebüßt haben. Die Leidtragenden dieser Konstruktion waren die überseeischen

Commonwealthländer, da ihre Lieferungen nach Großbritannien, soweit sie zollpflichtig sind, auf spezifischen Zöllen beruhen. Die britische Ware wird hingegen auf den Commonwealthmärkten gewöhnlich nach Werttarifen verzollt, die von der Geldwertverschlechterung unberührt geblieben sind.

Das Commonwealth ist sich des Faustpfandes, das es in Gestalt der imperialen Präferenzen in der Hand hat, durchaus bewußt, und wenn die EWG ihre Chance nicht wahrzunehmen versteht, werden es fraglos Japan und die USA tun. Es sind gerade die hochentwickelten Commonwealthländer, in denen die britische Ware tariflich noch fest verschanzt ist. Das sind diejenigen Dominien, die bei den Brüsseler Verhandlungen zwar das schwierigste Problem bilden, aber doch auch die verlockendsten Märkte darstellen. Daher wird es darauf ankommen, die Interessen der EWG-Industrien, die auf eine Marktverbreiterung im Auslande gerichtet sind, mit den protektionistischen Zielsetzungen der EWG-Landwirtschaft geschickt auszubalancieren.

Politische Bedeutung für Afrika

Da England in Afrika infolge der Politik der offenen Tür keine Vorzugsstellung einnimmt, wären die

Vorteile einer Assoziierung der früheren britischen Kolonien und Protektorate im Schwarzen Erdteil mit der EWG nicht ohne weiteres einleuchtend. Die Vorteile würden, wie es auf den ersten Blick scheint, einseitig den Afrikanern zugute kommen. Indessen wäre zu bedenken, daß die EWG durch einen organisatorischen Brückenschlag zu „Britisch-Afrika“ eher in der Lage wäre, sich bei der Erschließung und Entwicklung dieses Gebietes, dem eine große wirtschaftliche Zukunft winkt, eine Vorzugsstellung zu sichern, sofern das Odium einer „Neo-Kolonisierung“ vermieden werden kann.

Zur Abrundung des Bildes wäre ein Hinweis auf die hohe politische Bedeutung einer Verbindung mit dem Commonwealth zweckdienlich, zumal die EWG selbst politische Endziele verfolgt. Es wäre höchst unklug, das Commonwealth in einem politischen Vakuum zu lassen, da dieses schnell von unerwünschten Ideologien gefüllt werden würde. Die EWG, die sich als einen Bestandteil und ein Bollwerk der westlichen Welt betrachtet, muß daran interessiert sein, ihre Flanken abzudecken, wie dies Großbritannien seit über hundert Jahren mit großem Erfolg getan hat, nicht zuletzt auf Kosten Deutschlands. (H.)

Was hat das Commonwealth der EWG zu bieten?

Die Annäherung Großbritanniens an den Gemeinsamen Markt ist nicht nur wegen der traditionellen britischen Abneigung gegen Neuerungen im allgemeinen und gegen ausländische — und schon deshalb verdächtige — Neuerungen im besonderen auf Vorsicht und langsames Tempo gestellt. Wenn immer sich eine gerade Strecke zeigt, auf der die britischen Experten etwas rascher fahren möchten, kommt aus irgendeinem Winkel des britischen Commonwealth der Warnruf „Schlagloch“, und die britischen Politiker treten, schon fast automatisch, auf die Bremse. Kein Wunder, daß sich der britische Premierminister Macmillan kürzlich Warte in die Ohren gestopft und mit der

Verschiebung des Termins der nächsten Commonwealth-Konferenz auf September 1962 zu erkennen gegeben hat, daß er erst einmal den Sommer hindurch sachliche Verhandlungen in Brüssel führen möchte, bevor er sich die Klagelieder des Commonwealth anhört.

Extrawünsche der Interessenten

In der Zwischenzeit ist die Frage berechtigt, in welcher Weise denn das Commonwealth für die EWG fruchtbar werden könne? Von vielen Interessenten, die mit mehr oder weniger Berechtigung eine Störung ihrer traditionellen Commonwealth-Kreise befürchten, werden die verschiedensten Vorschläge für zeitweise oder gar dauernde

Sonderbehandlung gestellt. Man wird diese Extrawünsche, nachdem sie gründlich geprüft und in ein realistisches Maß gebracht worden sind, nur in dem Umfange berücksichtigen können, in dem auch das Commonwealth dem ursprünglichen EWG-Kern eine Mitgift zu bieten vermag.

Man wird dabei einen großzügigen Maßstab anlegen können, da jede Angliederung von kaufkräftigen Märkten im Geiste der amerikanisch-europäischen Partnerschaft das gesamte wirtschaftliche Niveau der Vollmitglieder wie der assoziierten und sonstigen Partner zu heben verspricht. Andererseits wird es für die Lebenskraft der EWG und insbesondere für ihre politische supranationale Schöpferkraft unerlässlich sein, daß die ökonomischen Nahziele wie die politischen Fernziele der Rom-Verträge bei der Beurteilung der Commonwealth-Wünsche stets gegenwärtig sind.

Das britisch-europäische Sortiment

Ganz konkret gesprochen, die Mitglieder des klassischen Commonwealth, bestehend in erster Linie aus den seit langem sich selbständig entwickelnden Dominien Australien, Neuseeland und Kanada, stehen der um Großbritannien erweiterten EWG verhältnismäßig nahe. Sie sind von ihrer Erschließung an über die ersten britischen und europäischen Siedler „natürliche“ Verbraucher des britisch-kontinentaleuropäischen Warensortiments. In dem Grade, in dem sie eigene Verbrauchsgüterindustrien aufgezogen haben, sind diese ge-

schmacklich hauptsächlich britisch-europäisch, wenn auch technisch immer häufiger amerikanisch orientiert. Vor allem in Kanada, aber auch in Australien hat es das reichlicher verfügbare und aggressiver angesetzte USA-Kapital vermocht, neben der Rohstofferschließung auch große Teile der verarbeitenden Industrie unter seine Kontrolle zu bringen.

Es war daher sicherlich kein Zufall, daß EWG-Präsident Hallstein kürzlich auf einer Pressekonferenz in Washington fast beiläufig von einer „amerikanisch-kanadischen Partnerschaft“ sprach — übrigens unmittelbar nach seinen Besprechungen im Weißen Haus mit Präsident Kennedy und dessen Wirtschaftsberatern, von denen er hochbefriedigt war.

Interessante Absatzmärkte für Europa

Die ursprünglich von Europa aus erschlossenen Teile des Commonwealth sind also für die europäischen Industrie-Exporte gegebene und wegen ihrer Prosperitätsmöglichkeiten äußerst interessante Märkte. Großbritannien allein hat in den letzten Jahrzehnten — trotz Ottawa-Präferenzen — einen Teil dieser Märkte an die USA verloren. Das gilt vor allem für Kanada, dessen wachsender Außenhandel sich zu gut zwei Dritteln mit den USA vollzieht. Das gilt aber auch für Australien und Neuseeland, wo sich die pazifische Nachbarschaft mit den USA vielfach als enger erwies als das traditionelle Band zum Mutterland. Gemeinsam mit Euro-

pa sollte es möglich sein, wenigstens einen kleinen Teil dieser Märkte zurückzuerobern.

Der Anfang dazu ist längst gemacht, wenn man beispielsweise den steilen Aufschwung des deutschen Außenhandels mit Kanada betrachtet. Sicherlich spielten dabei kanadische Absatzwünsche in Deutschland, Bestrebungen nach größerer Unabhängigkeit Kanadas vom überwältigenden amerikanischen Nachbarn im Süden und nicht zuletzt die werbende Kraft des deutschen Einwanderers in Kanada für deutsche Spezialleistungen eine wichtige Rolle. Der Erfolg ist jedenfalls sichtbar und läßt sich noch erheblich intensivieren.

Der Brückenschlag Großbritanniens zum europäischen Kontinent wird sehr nachhaltige Rückwirkungen auf die Haltung der Commonwealth-Völker haben. Insbesondere dürften die Australier und Neuseeländer, die in ihrem Erdteil die frühere britische Reserve gegenüber dem Kontinent in Reinkultur weiterpfl egten, mehr als bisher den trennenden Charakter des Ärmelkanals vergessen; für die Kanadier, die ihre Herkunft ohnehin zur Hälfte auf den Kontinent verfolgen können, liegt Europa längst viel näher, nicht zuletzt durch die NATO-Mitgliedschaft. Bei Kanada wird auch das Streben nach größerer Vielfalt der Außenhandelspartner ein Aktivum sein, das sie der EWG entgegenbringen können. Bei allen drei Ländern wird der „neue Wettbewerb“, der sich aus der Umstellung in den EWG-Industrien

Tradition und Erfahrung,

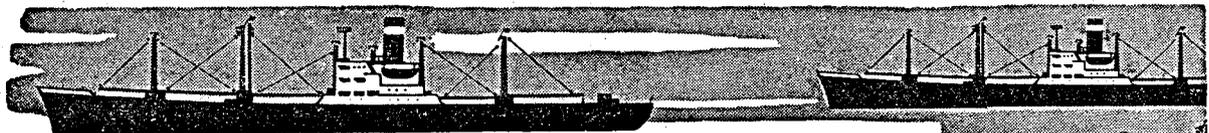
Auslandsvertretungen in
Beirut, Buenos Aires,
Johannesburg, Kairo,
Kapstadt, Madrid,
Rio de Janeiro,
Tokio und Windhoek

fachliches Können und weltweite Verbindungen bilden die Grundlagen unserer Arbeit. Auf ihnen baut sich unser vielfältiger Kundendienst auf. Seine Vorteile sollten auch Sie sich zunutze machen.

COMMERZBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltungen in
DÜSSELDORF · FRANKFURT A. M. · HAMBURG
Geschäftsstellen überall in der Bundesrepublik und in West-Berlin



Wöchentliche Fracht-Schnelldienste nach den USA

Wöchentliche Abfahrten von Bremen, Bremerhaven und Hamburg direkt nach New York und anderen amerikanischen Häfen. — Weitere Dienste von den USA nach Australien und Fernost.

United States Lines

52 moderne Frachter verbinden vier Erdteile

HAMBURG

Telefon: 32 16 71

Fernschr.: 021 2873

BREMEN

Telefon: 30 08 11-17

Fernschr.: 024 4307

BREMERHAVEN

Telefon: 4 69 51

Fernschr.: 02 3716



auf rationelle große Serien ergeben wird, mancherlei Verlagerungen zwischen amerikanischen und europäischen Bezugsquellen mit sich bringen. So sehr dies für die Periode der Umstellungen Reibungen bringen kann, so sehr wird daraus letztlich eine Festigung der Partnerschaft resultieren.

Nicht zuletzt wird diese Festigung auf der bereits erwähnten „Geschmacks-Einheit“ Europas, Nordamerikas und des klassischen Commonwealth basieren. Zwar wird mancher Kontinentaleuropäer erschrocken die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn man ihm den gleichen Geschmack, den gleichen Lebensstil wie den Amerikanern anhängen will. Es ist jedoch längst eine Tatsache, daß Europa sich rapide amerikanisiert und daß dieser Prozeß sich um so mehr beschleunigt, je mehr sich die Lebenshaltung des europäischen Mittelstandes (einschließlich der breiten Schicht der gut verdienenden Facharbeiter) dem des amerikanischen Mittelstandes annähert.

Dieser Prozeß, der beim eigenen Badezimmer, beim modernen elektrischen Herd anfang, sich mit dem Eisschrank und dem Fernsehgerät fortsetzte, der gegenwärtig beim eigenen Kraftwagen für mehr und mehr erwerbstätige Familien angeht und in der Verwendung dieses Kraftwagens für Auslandsreisen (die in Europa nach so viel weniger Kilometern beginnen) über den amerikanischen Standard hinauszureichen beginnt, dieser Prozeß sollte in seinen wirtschaftlichen

Auswirkungen für die EWG-Märkte nicht unterschätzt werden. Es kommt ja noch hinzu, daß diese Geschmackseinheit und das Zusammenrücken im Zeitalter des Düsenflugzeugs auch die Erinnerung an die gemeinsame Tradition zwischen Nordamerika und Europa auffrischt. Der Deutschamerikaner, der sich in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts mit der Mitgliedschaft im Sängerbund begnügte, überlegt heute, ob seine Kinder in der alten Heimat wenigstens einen Teil ihrer Studien absolvieren sollten — nachdem er selbst oft nicht nur einmal, sondern schon mehrfach „drüben“, in der alten Welt gewesen ist, die eine ihm mehr unbewußt aufgehende Verjüngungskur durchzumachen scheint.

Commonwealth als Rohstofflieferant

Neben der Sicherung erweiterter Absatzmärkte für den europäischen Geschmack vermögen die genannten Glieder des Commonwealth noch eine andere Sicherung zu bieten: Trotz aller Liberalisierung des Handels und trotz der Erschließung immer neuer Rohstoffquellen in aller Welt und Substitutwerkstoffe in der Retorte ist es für die europäische Wirtschaft höchst wichtig, in wirtschaftlich wie freundschaftlich verbundenen Märkten zuverlässige Rohstofflieferanten zu wissen.

Besonders wertvoll ist es natürlich, wenn in diesen Teilen des Commonwealth noch erhebliche unerschlossene Rohstoffvorkommen

vorhanden sind. Kanada vermag dabei noch nicht abzusehende Quantitäten von Mineralien beizusteuern, Australien und Neuseeland können neben Mineralien sicherlich auch erheblich höhere Nahrungsmittellieferungen stellen, wenn sich dafür Absatz bietet. Problematisch ist für diese Erschließung allerdings die Preisfrage. Es hat sich im letzten Jahrzehnt erwiesen, daß die Kosten für die Erschließung weiterer Mineralvorkommen in Kanada zumeist sehr viel höher liegen als in anderen Ländern außerhalb der nordamerikanisch-europäischen Rohstoffbasis. Die kanadischen Reserven werden damit praktisch zu einer „strategischen“ Reserve, an deren Erschließung man erst in kritischen Zeiten herangehen kann, wenn die Kostenfrage vor der Sicherheit der Erschließung und des Abtransportes in den Hintergrund treten muß.

Erleichterte Annäherung in Grundsatzfragen

Die grundsätzliche Ähnlichkeit der europäischen Volkswirtschaften mit denen des Commonwealth birgt noch einen weiteren Vorteil. Die Annäherung in Grundsatzfragen — Konjunkturpolitik, Währungspolitik, Finanzpolitik —, die in den weiteren Phasen des Gemeinsamen Marktes nach dem erfolgten inneren Zollabbau und der Stabilisierung der Assoziierungen und Partnerschaften zwangsläufig folgen muß, wird um so erfolgreicher sein, je mehr sie sich in der Totalität gleichgearteter Volkswirtschaften vollzieht.

Und schließlich darf man in diesen Commonwealthländern, die sich allmählich aus dem britischen Staatsverband in eine eigene Selbstständigkeit hinein entwickelt haben, ein auf Erfahrungen beruhendes Verständnis für veränderte Souveränitätsverhältnisse und für den Bedeutungswandel für Souveränitätsfragen in der EWG erwarten. Die Erfahrung Kanadas in der seit dem letzten Kriege erfolgten Annäherung an die USA in Verteidigungsfragen, die in völlig pragmatischer Weise zu einer gemeinsam betriebenen kontinentalen Verteidigungspolitik geführt hat, enthält wertvolle Ansätze für künftige wirtschaftspolitische Konstellationen, in denen durch Mehrheitsbeschlüsse Entscheidungen herbeigeführt werden, die auch für Partner der EWG endweder für verbindlich erklärt werden müssen oder doch direkte und indirekte Wirkungen haben können.

Alle diese Beispiele zeigen, daß man vor allem für die Fernziele der EWG hoffen darf, bei den „klassischen“ Commonwealthländern auf ein Verständnis zu stoßen, das aus gleichartigem Denken und Empfinden strömt. Demgegenüber verblassen kritische Einwände gegen den britischen Beitritt zur EWG und verlieren auch viele wirkliche und eingebildete Schmerzen der Umstellung an Bedeutung. Um die Vielgestalt der angelsächsischen Welt in den Bereich der EWG einbeziehen zu können — und um sich auf diese Weise gegen britische Sturheit und amerikanische aggressive Methoden zur Verwirklichung des gerade in den USA gepredigten Konformismus zu schützen —, wird es sich lohnen, die Commonwealth-Einwände geduldig anzuhören, zu prüfen und sachlich zu widerlegen. Sachverständige in Brüssel sind der Meinung, daß min-

destens drei Viertel derartiger Einwände sich in nichts auflösen, wenn man sich sorgsam mit ihrer Entstehung (oft aus Vorurteilen) und mit den zugrunde liegenden Fakten befaßt. Bei den verbleibenden Schwierigkeiten wird man im einzelnen großzügig sein können, ohne von den Prinzipien der Rom-Verträge abzuweichen.

Ein neues Welthandels-Dreieck

Von den übrigen Gliedern des Commonwealth in Asien und Afrika ist hier bisher nicht gesprochen worden, nicht weil sie nicht ebenfalls im Rahmen des Möglichen an den Gemeinsamen Markt herangeführt werden sollten, sondern weil die Assoziation bei ihnen weniger von dem abhängt, was sie zu bieten haben, als von den Ansprüchen, die sie, im wesentlichen als Entwicklungsländer, aus Anlaß des britischen Beitritts in die EWG anmelden.

Auch für die asiatischen und afrikanischen Glieder des Commonwealth wird die oben getroffene

Feststellung Gültigkeit haben, daß Verständnis für die Annäherung in Grundsatzfragen und für die Wandlung des Souveränitätsbegriffs dem Gedeihen des Gemeinsamen Marktes und damit der Weltwirtschaft günstig sein wird.

Der Gemeinsame Markt soll zwar nicht einen neuen Merkantilismus in bi- und tri-kontinentalen Dimensionen züchten. Er wird jedoch im Zuge der Prosperität ein neues Welthandels-Dreieck fördern helfen, das durch Konzentration auf den Absatz kostspieliger Verbrauchsgüter mehr oder weniger im eigenen Wirtschaftsraum und von Kapitalgütern auf allen interessierten Märkten den stark bevölkerten Ländern inner- und außerhalb des Commonwealth die Gelegenheit bietet, die Verbrauchsgüter für diejenigen Völker zu liefern, die allmählich aus der eigenen primitiv-handwerklichen Bedarfsbefriedigung heraustreten und mit ihrem Bedarf infolge zunehmender Einkommen auf dem Weltmarkt erscheinen können. (E.W.)

Nutzen für beide!

Mit dem möglichen, oder doch wohl richtiger, mit dem wahrscheinlichen Eintritt Englands in die EWG werden folgende Fragen akut: Wird das Commonwealth für die EWG von Nutzen sein, oder wird die EWG dem Commonwealth zum Schaden gereichen? Zunächst müssen wir, bevor versucht werden soll, Antworten auf diese Fragen zu finden, uns das heutige Commonwealth betrachten.

Sentimentalität . . .

Es war im Jahre 1926, als sich das „British Empire“ in das „British Commonwealth of Nations“ ver-

wandelte. Seitdem verschwand stillschweigend das „British“, wohl um noch mehr die Gleichberechtigung aller Mitgliedstaaten zu betonen. Auch das „of Nations“ wird der Einfachheit halber weggelassen, und so bleibt das allgemein verständliche (einst von Cromwell geprägte) „Commonwealth“ übrig. Im Januar 1958 kam Macmillan als erster britischer Premierminister nach Indien und wurde in New Delhi jubelnd aufs herzlichste begrüßt. Tags zuvor war Indonesiens Präsident Sukarno auf demselben Flughafen gelandet und freundlich, aber auch nicht mehr, empfangen wor-

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
34 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

den, obwohl damals der inzwischen verblaßte Geist von „Bandung“ noch recht lebendig war. Der Verfasser dieser Glosse war Zeuge beider Willkommenskundgebungen, wie auch im vergangenen Jahre Zuschauer der rauschenden Ovationen, die Königin Elisabeth in Bombay zuteil wurden.

Diese Beispiele sind hier deswegen angeführt worden, um zu zeigen, daß das Commonwealth in jedem Falle viel mit Sentimentalität zu tun hat, was, nebenbei bemerkt, für beide Teile, Großbritannien und seine ehemaligen Kolonialgebiete, spricht. Daß die Südafrikanische Union aus dem Commonwealth ausgeschieden ist, beweist, daß sich ein faschistisch eingestelltes Land in diesem „demokratischen Club“ nicht wohl fühlt.

Südrhodesien innerhalb des Zentralafrikanischen Bundes unterscheidet sich nicht viel von Südafrika, und sein Ministerpräsident, Sir Roy Welensky, hat auch bereits mit dem Austritt aus dem Commonwealth gedroht, falls sich durch Ausscheiden des Partners Njassaland der Bund auflöst. Auf der anderen Seite sehen wir das Mitglied des Commonwealth, Ghana, das mehr und mehr nach Moskau zu tendieren scheint. Wenn dies auch zeigt, daß letztlich das Commonwealth denn doch nicht ein in rührender Eintracht verbundenes Gebilde darstellt. Für England ist es dennoch in Erinnerung an seine einstmalige Stellung als führende Weltmacht eine Angelegenheit des Prestige, daß seine Königin als symbolisches Haupt des Commonwealth angesehen wird.

... und ökonomischer Nutzen

Das Interesse der übrigen Mitglieder des Commonwealth läuft schließlich im wesentlichen darauf hinaus, daß sie zollfrei respektive zu stark reduzierten Sätzen nach Großbritannien importieren können. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wird der Beitritt Englands zu der EWG von ihnen verständlicherweise alles andere als gern gesehen. Macmillan entsandte im vorigen Jahre bereits Mitglieder seines Kabinetts nach den Commonwealth-Staaten, um dort zu er-

klären, daß eine Beteiligung Englands an der EWG nur dann in Betracht käme, wenn die Interessen des Commonwealth dabei gewahrt werden würden. Nach Kanada mußte sich sogar der Premierminister kürzlich selbst bemühen, und es erscheint sehr zweifelhaft, ob er die mitunter schon erbitterten Widerstände dieses Dominion zu beseitigen vermochte.

Indiens Kompromißbereitschaft

Indiens Finanzminister Morarji Desai äußerte sich im vorigen Herbst im Parlament ausführlich über die möglichen Folgen des britischen Anschlusses an die EWG für sein Land. Er wies selbstverständlich auf die zollfreie Einfuhr und die relativ geringen Steuern auf indische Produkte hin, während in den Ländern der EWG nicht nur Zölle und Steuern die Einfuhr erschweren, sondern der Import mancher Erzeugnisse nicht unerheblichen Beschränkungen unterliegt. (Indien exportiert nach England in größtem Umfang Tee, Baumwollwaren und verarbeitete Jute. Auf diese Güter erheben die EWG-Länder Zölle von 17—23 %.)

Der Minister gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Vorteile, die Indien in England genießt, verlorengehen und daß überdies die assoziierten Mitglieder der EWG, d. h. im wesentlichen die früheren französischen und belgischen Kolonien in Afrika, die z. T. die gleichen Rohstoffe wie Indien ausführen, den diesbezüglichen Exporthandel Indiens durch die ihnen gewährten Vergünstigungen lahmlegen könnten. Aber, so fügte er sogleich hinzu, und hier zeigt sich wieder einmal die schon oft bewährte Kompromißbereitschaft Indiens, wenn die EWG-Staaten allgemein ihre Einfuhrpolitik liberalisieren würden und die Zollfreiheit in England nicht auf einmal, sondern in Etappen abgeschafft werden würde, dann müßte sich wohl der Eintritt Englands zur EWG ertragen lassen, und er sollte sogar ein Ansporn für Indiens Industrie sein, sich auf einen verschärften Wettbewerb einzustellen. Vielleicht sollte man hier einfügen, daß es sinnlos bleibt, wie Prof. Erhard es des öfteren ausgesprochen hat,

westliche Hilfe in großem Ausmaß zur Industrialisierung der Entwicklungsländer zu leisten und dann die Einfuhr von Fertigfabrikaten aus diesen Staaten nicht zuzulassen oder zu erschweren. Denn wie könnten sie sonst zu Devisen kommen, die sie zur Rückzahlung von Anleihen und zum Erwerb von Kapitalgütern benötigen.

Entwicklungshilfe für die afrikanischen Staaten

Selbst die 16 assoziierten afrikanischen Mitglieder der EWG, deren Minister sich im April in Brüssel trafen, sind mit der Kommission über einen neuen Anschlußvertrag nicht einig geworden, was die noch zu bewältigenden Schwierigkeiten innerhalb der EWG vor dem Eintritt Englands aufzeigt. In den Commonwealth-Ländern Ghana und Nigeria wurden sogar Stimmen laut, daß die Bemühungen der EWG, afrikanische Staaten aufzunehmen, auf ein „Kolonialsystem in neuer Form“ hinauslaufen. In Parenthese sei hier vermerkt, daß bereits im Vertrag von Rom (Artikel 131) die Gründung eines Entwicklungsfonds vorgesehen war (zu dem die Bundesrepublik 200 Mill. \$ beigetragen hat). Ende 1962 wird der Fonds im ganzen etwa 582 Mill. \$ vereinamt haben. Bis zum 1. Januar dieses Jahres wurden 233 Entwicklungsprojekte ausgeführt oder sind noch im Stadium der Errichtung, und über 108 weitere wird gegenwärtig verhandelt. Im allgemeinen handelt es sich bei diesen Projekten um Modernisierung von Eisenbahn- und Hafenanlagen, um Schulbauten sowie um soziale Wohlfahrtseinrichtungen. Die erwähnte Versammlung der afrikanischen Minister verlangte eine sehr erhebliche Verstärkung des Fonds.

Wenn die Meldung des Londoner „Sunday Telegraph“ vom 15. April zutrifft, so ist man in Brüssel erfreulicherweise geneigt, befriedigende Arrangements für die asiatischen und afrikanischen Mitglieder des Commonwealth und die auch zu diesem gehörende Westindische Föderation zu treffen. Anders liegt es mit Kanada und Australien. Hier scheint die EWG nicht zu den von England vorgeschlagenen Kon-

zessionen bereit zu sein. Aber auch da müßte es gelingen, zu einem Kompromiß zu kommen.

Das Fazit

Eingangs stellten wir die Frage, ob das Commonwealth für die EWG von Nutzen sein würde oder ob die EWG dem Commonwealth zu Schaden gereichen könnte. Die Antwort dürfte dahingehend lauten, daß der Anschluß Englands an die EWG zu beiderseitigem Nutzen führen

sollte. Für England selbst dürfte es die einzige Möglichkeit sein, aus seiner nicht mehr so „splendid isolation“ herauszukommen und sich dadurch die vielfachen Möglichkeiten des Gemeinsamen Marktes zu erschließen. Wieweit es sich politisch der EWG anschließen kann, hängt nicht allein von ihm selbst ab. Sondern man muß abwarten, wie die „Sphinx“ de Gaulle sich dazu verhalten wird, wenn die augenblicklichen Verhandlungen weiter fortgeschritten sind.

Was die übrigen Commonwealth-Länder anlangt, so werden sie, wenn erst einmal die schmerzliche Aufhebung der freien Einfuhr nach England, die sich, wie gesagt, in Etappen vollziehen soll, überwunden ist, ebenfalls von dem großen Wirtschaftsgebilde in Europa profitieren. Man kann jedenfalls der Herbsttagung der Commonwealth-Ministerpräsidenten mit einiger Spannung entgegensehen. (Sh)

Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg

Unzureichende Ausbildungshilfe in deutscher Sprache

Ein Beispiel, wie man alles verkehrt machen kann

Wer — wie der Verfasser — ständig mit der Beurteilung und Beratung von Studenten und höheren Fachschülern aus Entwicklungsländern zu tun hat, wird sich häufig die Frage stellen, ob es nicht besser wäre, für diese jungen Leute auch bei uns in der Bundesrepublik als Unterrichtssprache die Verkehrssprache ihres Heimatlandes zu benutzen — wenigstens dann, wenn Englisch oder Französisch die Verkehrssprache ihres Landes ist. Denn kaum jemand dieser Studenten und Fachschüler verfügt, wenn er deutschen Boden betritt, bereits über nennenswerte Deutschkenntnisse. So bringt für die meisten von ihnen ein Studium in Deutschland einen großen Zeitverlust, wenn nicht sogar — wie noch zu zeigen sein wird — die Gefahr mit sich, in ihren fachlichen Ausbildungsbemühungen ganz und gar zu scheitern.

Doch die Beherrschung der deutschen Sprache wird erwartet und gewünscht

Nun kann man allerdings von den Betroffenen selbst, mehr noch von Regierungsvertretern ihrer Länder, häufig hören (das gilt besonders für Afrikaner!): es läge ihnen gerade sehr viel daran, in und mit Hilfe der deutschen Sprache ausgebildet zu werden; denn es käme darauf an, daß sich in ihrem Lande eine nicht zu geringe Zahl von Fachleuten heranbilde, die in Deutschland ausgebildet seien und die deutsche Sprache beherrschten, um später den erforderlichen fachlichen und politischen Kontakt mit Deutschland halten zu können. Man wäre daher auch bereit, einen Zeitverlust von notfalls mehreren Jahren und die Schwierigkeiten der Rückgewöhnung in den alten heimatlichen Sprachraum in Kauf zu nehmen.

Sicherlich wird gerade dieses Argument auch von unserer Seite selbst dann akzeptiert werden müssen, wenn die Ausbildungskosten von der Bundesrepublik getragen werden. Aber dann muß sichergestellt werden, daß die Ausbildung in der deutschen Sprache quantitativ und qualitativ ausreicht, um zwei Ansprü-

chen zu genügen. Sie muß so gut sein, daß der Student wirklich in den Stand gesetzt wird, dem Unterricht und den Vorlesungen an unseren Fach- und Hochschulen zu folgen, und sie muß so nachhaltig sein, daß er auch nach Rückkehr in sein Heimatland mindestens auf seinem Fachgebiet deutsche Lektüre beibehält. — Ist das heute schon der Fall?

Nur wenige erfüllen die erforderlichen Ansprüche

Der Verfasser hat bisher nur ganz wenige Studenten aus Entwicklungsländern kennengelernt, die diesen Ansprüchen genügten. Bei diesen Studenten handelte es sich fast immer um solche, die entweder in Deutschland oder an einem deutschem Gymnasium ihres Heimatlandes ihr Abitur gemacht hatten. Dagegen sind ihm und seinen Mitarbeitern sehr viel zahlreichere Fälle bekannt geworden, wo Studenten aus Entwicklungsländern schon mehrere Semester an Hochschulen studierten, ohne auch nur annähernd den Vorlesungen folgen zu können. In einigen dieser Fälle lernten die Studenten während dieser Zeit wenigstens die deutsche Sprache so weit, daß man ihnen in ihrem 5. oder 6. Semester den Rat geben konnte, nunmehr mit einem systematischen Studium von vorn wieder zu beginnen.

Aber es bleibt zweifelhaft, ob ein solcher Rat in den meisten Fällen befolgt wird bzw. überhaupt befolgt werden kann. Viele wollen sich selbst und ihrer Umwelt gegenüber nicht zugeben, daß sie mehrere Jahre vergeblich studiert haben. Manche können die Berechtigung dieses Rates auch gar nicht einsehen, weil sie sich natürlich einiges Fachwissen bereits angeeignet, ohne dessen Lückenhaftigkeit zu begreifen, und weil sie nicht ahnen, was in den nächsten Semestern noch auf sie zukommen wird. Für viele reichen auch die finanziellen Mittel nicht aus, um länger, als bei deutschen Studenten üblich, studieren zu können.

So wird das Studium weiter fortgesetzt, bis der Student an den Übungen für Fortgeschrittene oder am